

Landesschiedsgericht AfD Bayern

Fasanenstr. 68, 82008 Unterhaching

eMail: gericht@afdbayern.de

2016-04-20

Herrn
Siegfried Lang
Bezirksvorsitzender der AfD Bayern,
Bezirksverband Mittelfranken

Anfrage zur Übernahme von Anwalts- und Gerichtskosten durch Gliederungen der AfD

Sehr geehrter Herr Lang,

Ihre Anfrage in obiger Sache beantworte ich wie folgt:

Die durch die Einschaltung eines Rechtsanwalts entstandenen Kosten, auch die Gerichtskosten, können seitens der AfD und ihrer Gliederungen (Landes-, Bezirks- oder Ortsverband) nur dann übernommen werden, wenn ein **Rechtsgrund** dafür gegeben ist. Ein solcher, sog. Titel (z.B. Urteil) verpflichtet dann zur Zahlung; liegt **kein** Titel vor, ist schon dem Grunde nach eine Zahlung unzulässig.

Was die **Höhe** der Kostenerstattung angeht, ist zu unterscheiden zwischen den Gerichtskosten und den Kosten eines Rechtsanwaltes.

Die **Gerichtskosten** ergeben sich aus dem Gerichtskostengesetz (GKG) und werden regelhaft vom Gericht festgesetzt.

Die **Anwaltskosten** sind dem Grunde nach im Rechtsanwaltsvergütungsgesetz (RVG; ehemals BRAGO) geregelt.

Wenn ein Mandant in einer **Vergütungsvereinbarung** mit seinem Anwalt **höhere** Sätze, als im RVG niedergelegt, vereinbart, erhält der Mandant nur die Kosten nach dem RVG und **nicht** die zwischen ihm und dem Anwalt vereinbarten Sätze erstattet. Dies gilt z.B., wenn der Mandant mit seinem Anwalt einen fixen **Stundensatz** vereinbart.

Die dienstvertragsrechtliche Vereinbarung zwischen dem Mandanten und seinem Anwalt hat also für denjenigen, der prozessual unterliegt, **keine** Bindungswirkung!

Würde ein (Gebiets-) **Vorstand** eine Zahlung ohne Titel bzw. eine höhere, als im RVG vorgesehen, beschließen, wäre dieser Beschluß **rechtswidrig** und es läge der Straftatbestand der **Untreue** im Sinne des § 266 StGB vor.

Würde eine **Mitgliederversammlung** einen solchen Beschluß herbeiführen, wäre der zuständige Vorstand verpflichtet, diesen Beschluß **nicht** umzusetzen. Andernfalls würde er sich gem. § 266 StGB strafbar machen.

Im Übrigen ist eine Partei, wie die AfD, einschließlich ihrer Gliederungen gem. Art. 21 Abs. 1 Satz 3 GG und § 24 PartG verpflichtet, „über die Herkunft und Verwendung ihrer Mittel sowie über ihr Vermögen öffentlich Rechenschaft“ zu geben. Dies schließt ebenfalls eine rechtsgrundlose Zahlung (siehe zuvor) aus.

Mit freundlichen Grüßen



(Wolfgang Ascher)
- Präsident -
Landesschiedsgericht
der AfD Bayern